

Haushaltsrede der FWG – Fraktion im Rat der Stadt Lage am 16.02.2012

Entsprechend der eigenen Zielsetzung und den Vorgaben der Kommunalaufsicht des Kreises Lippe zum Haushaltssicherungskonzeptes folgend, muss sowohl für die Verwaltung, als auch für die Politik hier in Lage, weiterhin ein allumfassendes Sparen das oberste Ziel sein wenn es gelingen soll im Jahr 2015 einen ausgeglichenen Haushalts präsentieren zu können.

Vor diesem Hintergrund, sehen wir Teilbereiche im jetzt vorliegenden Haushaltsplan als äußerst kritisch an, während andere durchaus unsere Zustimmung finden.

Wir begrüßen unter anderem Investitionen im Bereich von Schulen und Schulwegsicherungen ebenso wie Maßnahmen zur Verbesserung der verkehrlichen Situation im Innenstadtbereich oder auch einzelnen Ortsteilen. In Waddenhausen wurde in Bezug auf die Schulwegsicherung trotz zahlreicher Anträge und Bemühungen von Politik und Bürgern viel zu lange gezögert. Umso mehr freut es uns, dass dieses Kapitel nun endlich ad acta gelegt werden soll, indem eine Querung der Waddenhauser Str. entstehen soll.

Auch der zweite Rettungsweg für die Maßbruchschule ist ein wichtiger Entwicklungsschritt für die weitere Nutzung des Gebäudes, wenn es zur Umgestaltung der Schullandschaft in Lage kommen wird. Hier sehen wir Lage zumindest was die weiterführenden Schulen angeht, gegenwärtig auf einem guten Kurs. Der Wegfall der Einrichtung Grundschule- Billinghausen wird trotz der zu erwartenden Kostenreduzierung, von unserer Fraktion aber weiterhin als unverhältnismäßig angesehen.

Der Erhalt der Freibäder, sowohl in den Ortsteilen als auch in der Kernstadt muss trotz knapper Mittel weiterhin in der Prioritätenliste ganz oben stehen. Der Bürger braucht gerade in Zeiten knapper Mittel Orte, wo er einem wenn auch zeitlich begrenzten Freizeitvergnügen nachgehen kann.

Neben den wenigen Maßnahmen, die für den Bürger als positiv anzusehen sind, überwiegen jedoch die Elemente oder Bereiche im Haushaltsplan, die wir als nachteilig ansehen und die nicht unsere Zustimmung finden.

Ich möchte einige Aspekte aufzählen um unsere Entscheidung zum Haushaltsplan zu verdeutlichen bzw. zu begründen.

Der weitaus größte Kostenanteil im Haushalt sind immer die Personalkosten. Gerade hier im Umgang mit dem Gut Mensch, sollte jedoch äußerst sensibel agiert werden, was wir jedoch nach dem jetzigen Wissensstand leider nicht erkennen können.

Wir halten es nicht für richtig, dass es künftig durch den prüfungserleichterten Aufstieg möglich sein soll, in den gehobenen Dienst zu wechseln, ohne dass die notwendigen Grundvoraussetzungen erfüllt sind. Und dass es weiterhin so sein soll, dass eine Höhergruppierung ohne einen angemessenen Zeitraum der Bewährung vorgenommen werden soll, während andere Stelleninhaber seit langem auf eine ihnen eigentlich zustehende Höhergruppierung warten.

Außerdem sehen wir Höhergruppierungen insbesondere in den A 13 Bereich zum gegenwärtigen Zeitpunkt als falsches Signal. Jeder Betrieb in der privaten Wirtschaft, wäre angesichts der finanziellen Situation bereits in einer geordneten Insolvenz, was bei der

Kommune so ja nicht möglich ist. Zumindest jedoch hätten die Verantwortlichen aber Maßnahmen ergriffen um ganzheitlich zu sparen. Kostenreduzierungen beispielsweise ein „Einfrieren der Gehälter“, *was bei den oberen Gruppierungen ja nicht zwangsläufig zum Notstand führen würde*, wären längst umgesetzt worden.

Bei der Verwaltung und dem vorliegenden Stellenplan ist es jedoch so, dass aus unserer Sicht immer nur im unteren Lohngruppenbereich gespart oder „eingefroren“ wird während oben weiterhin die Kasse klingelt. Das ist für die nicht in den Genuss einer Höhergruppierung kommenden Angestellten, aber auch für den Bürger ein falsches Signal und nicht zu vermitteln.

So sehr jeder Beschäftigte sich verständlicherweise Einkommensverbesserungen wünscht, so sensibel sollten aber die Verwaltungsspitze und auch die Politik sein, wenn es um einseitige Erhöhungen geht.

So besteht unserer Auffassung nach im Bereich des Bauhofs eine geradezu eklatante Unterdeckung an Personal, denn die 1,00 Euro- Kräfte können nicht als adäquater Personalbestand angesehen oder gerechnet werden. Während in anderen Kommunen bereits eine Entwicklung weg vom **Outsourcing** in Gang kommt, schlägt Lage hier weiterhin den anderen aus unserer Sicht falschen Weg ein. Weniger Bauhofpersonal und mehr Fremdvergabe ist aber letztendlich die teurere Variante. Fremdvergaben könnten reduziert und Kosten eingespart werden, wenn auch hier mehr in Fortbildung investiert würde. Wenn vorhandenes gutes Personal gehalten würde und nicht durch Zeitverträge verunsichert würde. Ebenso sollten die Gründe für die Übernahme von Mitarbeitern nachvollziehbar sein. Gute Mitarbeiter die sich bewährt haben und im vorhandenen Team integriert sind sollten auch übernommen werden. Das würde nicht der Pflicht zum Sparen widersprechen, sondern mittelfristig zu Einsparungen führen!

Auch ist im Bereich der Feuerwehr aus unserer Sicht eine zu dünne Personaldecke vorhanden. Diejenigen Mitarbeiter der Verwaltung, die ihre Anstellung nur aufgrund ihrer Feuerwehrzugehörigkeit erhalten haben, verrichten dort unserer Kenntnis nach schon lange keinen Dienst mehr und existieren nur als Zahl auf dem Papier.

Die im Personalausschuss herausgestellte Vormachtstellung vom Bürgermeister in Bezug auf Personalentscheidungen sehen wir als eine problematische Entwicklung an.

Gerade hier wäre es wie in den Zeiten zuvor besser, die Entscheidungen auf eine breitere Ebene zu verteilen um damit Akzeptanz zu erzielen. Doch davon sind wir ja leider weit entfernt. Wir sehen auch die Informationen zur Korrespondenz zwischen Personalrat und Bürgermeister anders. Hier kann es sich nicht um private Korrespondenz zwischen zwei Personen handeln, da der Personalrat in seiner Funktion für alle Bediensteten zuständig ist, muss die Korrespondenz der Politik auch zur Kenntnis gegeben werden. Damit Hintergründe nachgefragt und beleuchtet werden können.

Unsere Fraktion ist somit in Sachen Personalentscheidung und Entwicklung grundsätzlich anderer Meinung und wir können nur hoffen, dass auch die anderen Fraktionen im Sinne aller Bediensteten entscheiden und die Vorgaben ablehnen werden.

Angesichts der gerade geschilderten Problematiken und Mängel auch in anderen Bereichen rückt für uns das Ziel einen ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2015 zu erlangen, in weite Ferne. Wurde zu Beginn des Kostensenkungsprogramms z. B. auch in Bezug auf die

Musikschule von Sparmaßnahmen gesprochen; - so sollten ja auch hier die Zuschüsse jährlich um 5 % zurückgefahren werden,- die teuren Angestellten Tarifverträge in Honorarverträge gewandelt werden-, ist innerhalb des Haushalts davon nichts festzustellen. Die nackten Zahlen weisen in allen Bereichen Kostensteigerungen aus. Das kann man unserer Meinung nach dem Bürger ebenfalls nicht mehr vermitteln. Warum wird hier weiterhin gezaudert und gezögert, warum denkt man Hier nicht über eine Ausgliederung nach?

Kultur und damit verbunden auch die Musikschule, sind sicherlich wichtige und nicht zu vernachlässigende Bereiche für unsere Stadt und die Stadtentwicklung, aber unsere oberste Verpflichtung besteht darin, so vielen Bürgern wie möglich und nicht Minderheiten gerecht zu werden, wenn ein harter Sparkurs vorgegeben ist.

Dezentralisierung, für andere Bereiche innerhalb der Verwaltung immer wieder gern als Allheilmittel präsentiert, wird hier verweigert. Dabei könnte bereits die Abkoppelung von Teilbereichen und unter Beibehaltung der musikalischen Früherziehung – eine deutliche Entspannung der wirtschaftlichen Lage herbeigeführt werden.

Zumal die anstehenden Probleme ja nicht weniger werden, wenn man nur als weiteren Aspekt den Bereich Gewerbesteuererinnahmen betrachtet. Auch hier wird es wie der Presse bereits zu entnehmen war, durch Fortzüge von Firmen zu Veränderungen kommen. Die daraus resultierenden Mindereinnahmen fehlen dann jedoch zusätzlich auf der Habenseite im städtischen Haushalt. Das wissend sollten wir bereits jetzt unsere Entscheidungen genauestens prüfen.

Unsere Fraktion sieht **nicht** die Möglichkeit durch eine vorgezogene Gewerbesteueranhebung soviel Geld in die Kassen zu spülen, dass Defizite ausgeglichen werden könnten und zusätzlich auf der Habenseite noch etwas übrig bleiben würde. Um die dazu notwendigen Prozentpunkte könnte die Gewerbesteuer überhaupt nicht angehoben werden. Wir müssen hier berücksichtigen, dass gerade dort, wo evtl. der Hebesatz etwas höher ist als bei uns, die verkehrliche Anbindung, die auch zu den Kriterien für Betriebsansiedelungen zählt in diesen Gemeinden oftmals besser ist. Weiterhin würde das Plus sich nicht unmittelbar auswirken. Somit ein nicht relevanter Vorschlag für den Finanzierungsausgleich für diverse und sicher sinnvolle Projekte.

Die FWG – Fraktion wird selbstverständlich weiterhin alle Entwicklungen und Vorschläge zur Verbesserung der Situation positiv begleiten, dasselbe erwarten wir jedoch auch von den anderen Beteiligten.

Unsere Vorschläge zur Kosteneinsparung z.B. im Umweltausschuss fanden kein Gehör. Ich füge diese nochmals bei, damit die Verwaltung diese prüfen und unserem Wunsch zur Erstellung eines Grundwassergleichplanes nachkommen kann.

Hatten wir in den Jahren zuvor, den Haushaltsplan trotz Bedenken in einzelnen Bereichen immer noch mitgetragen, sind wir jetzt nach reiflicher Überlegung und intensiver Diskussion zum dem Entschluss gekommen, dem hier vorliegenden Haushalt nebst Stellenplan nicht zustimmen.

Angelika Richter
FWG- LAGE

